

FEBRUAR 2009 · NR. 37

THEMA

Terror und Armut am Hindukusch: Die Lage in der Heimat besorgt Bremer Exil-Afghanen



Opfer des Krieges: Kinder leiden in Afghanistan ganz besonders unter der katastrophalen Versorgungslage. Die Kinderhilfsorganisation UNICEF versorgt sie im Flüchtlingslager Maslakh zehn Kilometer westlich von Herat.

„Hätte die Welt uns in Ruhe gelassen“

Bremen. Helfen – aber wie? Die Bremer Laila Noor und Karim Popal blicken besorgt auf das fünftärmste Land der Welt. Beide flüchteten aus Afghanistan. Aus privilegierten Elternhäusern. Die eine ist die Tochter des früheren Kabuler Bürgermeisters, der andere Sohn des damaligen Finanzministers. Und noch etwas eint Modedesignerin und Rechtsanwältin: Die Überzeugung, dass die Intervention des Westens für ihr Land erst ein Segen war – und nun ins Gegenteil umschlagen könnte.

Laila Noor bewegt sich auf einer Achterbahn der Gefühle. Dem Pessimismus nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Kabul und der Zuversicht 2001 nach dem Sieg über die radikal-islamische Taliban folgt nun die Tristesse angesichts der Rückschritte im Land. Nach jedem Besuch in ih-



Tochter und Vater: Laila Noor denkt mit Trauer an den Ex-Kabuler Bürgermeister, der an den Folgen erlittener Folter starb. FOTOS: FREI

rer Heimat wird sie trauriger. Und verzweifelter, weil sie mit dem Bewusstsein ins Flugzeug gen Deutschland steigt, dass etwas grundsätzlich schief läuft in ihrem Land.

Reiche werden immer reicher, klagt sie, Arme immer ärmer. „Wie will man denn mit einem Gehalt von 60 Dollar im Monat einen Sack Mehl für 100 Dollar bezahlen?“ Der Unmut in der Bevölkerung wächst auch durch die Rückkehr von Exil-Afghanen, die sich mit prächtigen Anfangsgehältern von zehn bis 15000 Dollar im Monat komfortabel im Armenhaus der Welt einrichten. Und da alarmiert es sie, wenn sie auf den Straßen zu hö-

ren bekommt: „Unter den Taliban waren die Menschen nicht so reich, und wir hatten alle zu essen.“

Es läuft etwas schief. „2001 habe ich die Amerikaner als Befreier gesehen, nun sehe ich sie mehr als Okkupanten“, klagt Noor, „ich fühle mich nicht mehr frei in meinem Land“. Bestimmte Straßen in Kabul kann sie trotz des EU-Nummernschilds am Wagen ihres Mannes nicht befahren, Soldaten würden sie erschießen, wenn sie markierte Linien überschreiten würde. Anfang der 70er Jahre hatte sie noch in der US-Botschaft gearbeitet. Auch fragt sie sich, warum es der Supermacht USA in sieben Jahren nicht gelungen ist, die Taliban niederzuringen. „Was für eine Politik steckt dahinter?“ Nun hofft sie auf Barack Obama.

Private Hilfe in Afghanistan: Ein Tropfen auf den heißen Stein, ausgebremst durch Militärstrategien und rückständige gesellschaftliche Strukturen? Die Modeschöpferin Laila Noor ist so pessimistisch nicht und setzt trotz vieler Zweifel auf das Prinzip Hoffnung. „Ich glaube an die Afghanen“, sagt sie, und an ein wichtiges Ziel des Wiederaufbaus: „Bildung, Bildung, Bildung“.

1979 hatte sie alle Zuversicht verloren, als die Sowjets in Kabul einmarschierten und sie als 30-Jährige zuerst nach Bremerhaven flüchtete und später nach Bremen übersiedelte. Ihr Vater, Bürgermeister von Kabul und ein sozial engagierter wie auch weltoffener Mann, wurde verhaftet. Mit 80 Jahren im Gefängnis gefoltert, ebenso ihr ältester Bruder. Beide starben an den Folgen der Misshandlungen. „Das war das Ende aller meiner Hoffnungen.“

Erst 2001 hatte sie den Optimismus zurückbekommen, als die westlichen Alliierten nach den Terroranschlägen in den USA in Afghanistan intervenierten. Es ging bergauf. Die 2003 in Bremen gegründete „Independent Afghan Women Association e. V.“ setzt auf den Bau von Schulen. In der ersten, 30 Kilometer nördlich von Kabul, werden 2000 Kinder unterrichtet, in der zweiten, 40 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, sogar 5000. In drei Schichten, von der ersten Klasse bis zum Abitur. Für eine dritte Schule wird derweil die Werbetrommel gerührt.

Keine einfachen Projekte. Kulturelle Muster der Eltern erschweren den Schulbesuch der Mädchen, die Sicherheitslage erzwingt die Anwesenheit von Wächtern, Lehrer sind Mangelware, weil sie vom Staat nicht das

Gehalt bekommen, das zum Leben reichen würde. Viele haben Nebenjobs oder gehen zu internationalen Hilfs-Organisationen.

Aber die Projekte funktionieren. Ihr Mann ist im EU-Auftrag für den Wiederaufbau aktiv und inspiziert hier und da auch die zwei bereits vorhandenen Schulen. In denen finden auch Mütter eine Anlaufstelle, etwa in Näh- und Stickereikursen. Für ihren Verein (Schirmherrin: Luise Scherf, Vorsitzende Laila Noor) sammelt sie Geld auch mit Modeschauen, in denen nicht zuletzt auch ein Bild von Kunst und Kultur ihres Landes vermittelt wird. In Berlin ebenso wie jüngst in Madrid. Wobei ihr klar ist, dass Afghanistan jetzt weniger Mode, sondern vor allem Bildung braucht. Was nicht heißt, dass ihre Kreationen nicht auch Bedeutung für die Identitätsfindung ihrer Landsleute hätte. „Meine Mode bewegt sich zwischen Okzident und Orient“, sagt sie, und erhofft sich eine Loslösung vom dominanten pakistanischen und indischen Stil.

Helfen – aber wie? Der Bremer Rechtsanwalt Karim Popal zeigt sich ein wenig enttäuscht, wie private Hilfe für sein geschundenes Land organisiert wird. Rund 170 Vereine hat er gezählt, die Geld sammeln und dabei zum Teil „sehr viel verdienen.“ Manche Initiative ist sinnvoll, bei anderen hat er Zweifel. Viel punktuelle Hilfe, wenig Nachhaltigkeit, kritisiert er.

Andere Initiativen gehen ein, noch bevor sie aufblühen konnten. Etwa Popals Versuch, zusammen mit einem afghanischen

Arzt einen Verein für die Behandlung psychischer Krankheiten zu gründen. Viele Afghanen sind nach Jahrzehnten der Bürgerkriege und Invasionen seelisch krank, beobachtet der Bremer Anwalt, der mit zwei Staatsbürgerschaften zwischen den Welten wandelt, seit er 1976 als 19-jähriger Paschune aus Kabul flüchtete.

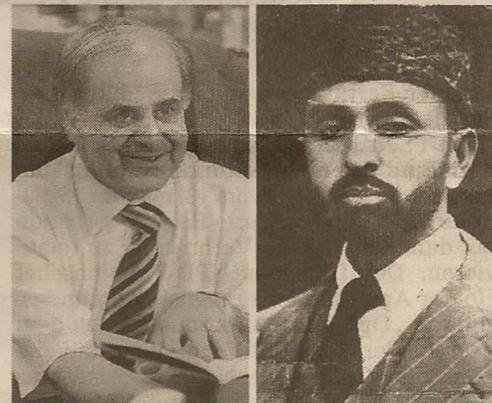
Nun engagiert er sich für das Projekt des Sängers Farhad Darya, der in seiner Heimat nicht minder bekannt ist wie Udo Jürgens in Deutschland. Ein reicher Mensch, erläutert Popal, der die Millionen für seine CDs auch für die Unterstützung der besonders Hilflosen einsetzt. Elternlose Kinder werden von der Straße geholt, Familien dafür bezahlt, ihnen ein neues Heim zu bieten. Allein in Kabul leben 345 000 Waisenkinder auf der Straße. Bei einer Bevölkerung zwischen 5,5 Millionen (offiziell) und zehn Millionen nach inoffiziellen Schätzungen.

20 000 Waisenkinder hat Farhad Darya schon mit seinem Projekt eine neue Perspektive gegeben, bilanziert Popal. Aus Liebe zu Kindern und aus seinem islamischen Glauben, zur Hilfe verpflichtet zu sein. Unabhängig von Religion, Weltanschauung oder Ethnie. Gerade die aber spielen in Afghanistan eine riesige Rolle. Auch in der Familie. „Ich bin nicht stolz darauf, der Sohn von Abdul Wahab zu sein, dem damaligen Finanzminister.“ Popal hat ihn politisch bekämpft. Diese Gebärde etwa: Dem König die Hand zu küssen. Für Popal ein Unding. „Man muss auf sich selbst stolz sein, nicht auf den Vater.“

Als Student in Kassel war er in der Partei von Gulbuddin Hekmatyar, der nach Popals Erinnerung zu Zeiten der russischen Invasion von deutschen Spitzenpolitikern hofiert wurde, nun aber vom Westen als radikalislamischer Top-Terrorist mit Kopfgeld gesucht wird. Hinweg die alten Strukturen, sagt Popal, auch heute noch. Besonders im Kopf. Der rückständige Islam müsse in Afghanistan ersetzt werden durch eine moderne, islamische und demokratische Gesellschaft. In der alle vor Gott gleich sind und jeder Nationalismus verpönt sein sollte.

Aber wie schwer das scheint. Popal wollte mithelfen, das neue Afghanistan aus der Taufe zu heben. Im Auftrag der Max-Planck-Gesellschaft hat er am Hindukusch Juristen ausgebildet. Neue Anwälte, Staatsanwälte und Richter braucht das Land. Inzwischen stockt der Justizaufbau, nachdem eine Delegation aus Deutschland in Kabul

unter Beschuss geriet. Und manche, denen er die Prinzipien westlicher Jurisprudenz vermittelte, sind verloren für den Demokratieaufbau. Als er im September nach Afghanistan reiste, vermisste er einige Juristen. Sie hatten sich der radikal-islamischen Taliban angeschlossen. Auch die Intelligenz wandert ab. Zur falschen Seite. „Ich verabscheue die Taliban“, sagt er, „nicht weniger als Ex-Präsident George W. Bush.“ Doch der Westen ist es ja, meint er wütend, der Ultra-religiöse aufbaut: Mit Geheimgefängnissen und einer Kriegsführung, die auf Zivilisten wenig Rücksichten nimmt. Mit einem Lebensmodell, das traditionelle Wertemuster ignoriert. Mit der Organisation von Milliar-



Sohn und Vater: Karim Popal erinnert sich an Konflikte mit Abdul Wahab, dem Ex-Finanzminister Afghanistans.

FOTOS: STOSS-FREI



den-Hilfe, die in vielen Regionen wegen grassierender Korruption nicht ankommt. In Mehterlan nördlich von Kabul formiert sich Widerstand, zitiert der promovierte Jurist Popal aus afghanischen Zeitungen. Mit einer Brandrede des Ältestenrats: Sollte die Provinz weiter in Armut versinken und ausländische Truppen bomben wie bisher, werde man sich dem heiligen Krieg anschließen.

Afghanistan: Ein Land am Tropf internationaler Hilfe, das ohne Intervention von außen sehr viel besser dagestanden hätte? „Mein Herz blutet für mein Land“, sagt Laila Noor. Vor der russischen Invasion war das Land auf dem Weg zur Demokratie und Emanzipation, erinnert sie sich an ihre Zeit in Kabul. „Hätte die Welt uns in Ruhe gelassen, wären wir 30 Jahre weiter.“ (E-Mail: l.noor@t-online.de / info@kanzlei-popal.de)

Milliarden für Straßen und Jobs

Bremen (rk). Viel Geld fließt nach Afghanistan – mit durchaus positiven Effekten, behauptet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) verweist auf repräsentative Befragungen im Norden des Landes, nach denen deutsche Hilfe ankommt. Von 2001 bis 2008 hat die Bundesregierung 780 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Allein 2008 sind nach Angaben von Wieczorek-Zeul 140 Millionen Euro ins Land geflossen. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind der Aufbau der Infrastruktur, die Wirtschaftsentwicklung mit Beschäftigungsförderung, Bildung und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit.

Engagiert sind auch verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen wie die Welthungerhilfe. Insgesamt sind fast 14 Millionen Euro für Projekte am Hindukusch investiert worden, wobei Mittel auch von der Weltbank oder dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit stammen. Die Bandbreite der Projekte reicht von der Beratung zur Entwicklung der Gemeinden über den Aufbau der Wasserwirtschaft bis zur Produktion von Rosenöl, um den Bauern eine Alternative zum Mohnanbau zu bieten.

Acht Millionen auf Hilfe angewiesen

Bremen (rk). „Die soziale Lage der Menschen in Afghanistan ist schrecklich“: Tillmann Schmalzried findet drastische Worte, wenn er über das Land berichtet. Der Afghanistan-Koordinator der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ erzählt von Eltern, die in Flüchtlingslagern rund um Kabul ihre Kinder verkaufen, um nicht zu verhungern. Ein Drittel der 25 Millionen Afghanen ist auf Lebensmittel-Hilfe der Welthungerhilfe oder der UN angewiesen.

Die aber kommen nicht immer an. Hilfst Transporte werden von der Taliban angegriffen, Wintereinbruch verhindert die Versorgung entlegener Regionen. Dabei wäre sehr viel mehr möglich, behauptet Schmalzried. Diplomaten hätten ihm geklagt, dass es allein am politischen Willen fehle, dass Hilfslieferungen ankommen, wo sie gebraucht werden. Denn die internationalen Militärs müssten nur Verträge mit Nicht-Regierungsorganisationen abschließen und mit ihren Flugzeugen Lebensmittelpakete abwerfen.

Seit Herbst erreichen die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ zudem Berichte über 300 000 Menschen, die aus Stammesgebieten in Pakistan vor dem Krieg nach Afghanistan flüchten.

Heikle Mission in Kabul

US-Sonderbeauftragter Holbrooke zu Besuch in Afghanistan

Kabul (dpa). Einen Tag nach der Terrorserie von Kabul ist der neue US-Sondergesandte Richard Holbrooke in Afghanistan eingetroffen. Ein Sprecher der US-Botschaft bestätigte die Ankunft gestern Abend. Beobachter vermuteten, dass das Flugzeug des aus Pakistan kommenden Sondergesandten die US-Militärbasis Bagram nördlich von Kabul oder den Militärflugplatz der Internationalen Schutztruppe ISAF im südafghanischen Kandahar angesteuert hat.

Ein Pressesprecher des afghanischen Außenministeriums sagte, Holbrooke habe heute erste Termine. Morgen sei voraussichtlich ein Treffen mit Präsident Hamid Karsai geplant.

Vor Afghanistan besuchte Holbrooke Pakistan. Gestern war Holbrooke in der ostpakistanischen Stadt Lahore mit dem Oppositionspolitiker Nawaz Sharif von der Pakistanischen Muslim-Liga (Nawaz) zusammengetroffen. Holbrooke äußerte sich auf seiner Reise, die ihn auch nach Indien führen soll, bislang nicht vor Medien. In seiner

neuen Funktion ist es die erste Reise des US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan in die Region.



Sonderbeauftragter Holbrooke. FOTO: AFP

Am Mittwoch hatten Taliban-Selbstmordkommandos in der Hauptstadt Kabul drei Regierungsgebäude angegriffen. Mindestens 26 Menschen wurden nach Regierungsangaben getötet, mehr als 50 weitere wurden verletzt. Sicherheitskräfte erschossen zudem acht Angreifer. In einer Mitteilung auf der Homepage der Taliban hieß es gestern, die Angriffe seien von Taliban-Chef Mullah Omar persönlich angeordnet worden. Mit ihnen solle die Hinrichtung von Aufständischen in afghanischen Gefängnissen im vergangenen Jahr gerächt werden.

Die afghanische Regierung verschärfte nach dem Blutbad vom Mittwoch die Sicherheitsvorkehrungen in der Hauptstadt. Die Präsenz von Polizisten auf der Straße wurde verstärkt, neue Kontrollposten wurden errichtet. Am Donnerstag waren Hunderte Polizisten, Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter in der Stadt zu sehen.

Land im Fokus der Großmächte

Bremen (rk). 1893 wurde die Ostgrenze Afghanistans zu Pakistan durch das Gebiet der Paschtunenstämme gelegt. Mit Folgen: Die Stammesgebiete zwischen Pakistan und Afghanistan gelten im Konflikt am Hindu-kusch zu den gefährlichsten Regionen. 1919 endete das britische Protektorat. In den 20er Jahren wuchs der Einfluss der Sowjetunion mit Freundschafts- und Nichtangriffsverträgen. 1931 wurde das Land Monarchie, bis 1973 nach einem Staatsstreich die Republik ausgerufen wurde.

Nach zwei Militärputschen intervenieren 1979 die Sowjets und ziehen sich nach einem verlustreichen Krieg gegen die von den USA unterstützten Mudschaheddin 1989 zurück. Drei Jahre später stürzten die Mudschaheddin die von Moskau unterstützte Regierung von Najibullah. Nach dem Bürgerkrieg zwischen Präsident Rabbani, dem Islamisten Gulbuddin Hekmatyar und dem Warlord Dostum eroberten die Taliban 1996 die Macht in Kabul. Sie geriet bald unter den Einfluss der Terror-Organisation El Kaida. 2001 wurden sie unter Führung der USA und Großbritanniens aus dem Land vertrieben. Sieben Jahre später sind sie wieder mit Anschlägen präsent.